

# Zehn Thesen

## zum Terrorismus und zur Logik der militärischen Gegenschläge

Von **Winfried Wolf**, Oktober 2001

Die Terrorakte vom 11. September 2001 und die Gegenreaktionen durch US-Regierung, Nato und deutsche Bundesregierung stellen einen tiefen Einschnitt in der politischen und voraussichtlich auch in der wirtschaftlichen Entwicklung dar. Von Sozialistinnen und Sozialisten wird erwartet, dass sie - außer der berechtigten Betroffenheit angesichts der Opfer und über die Kritik an den Terrorakten hinaus - eine eigenständige Position zu diesem Einschnitt entwickeln und dabei konkreter werden, als festzustellen, dass nach dem 11. September 2001 nichts mehr so sei, wie es war. Dies gilt umso mehr, als das Ereignis vom 11. September 2001 längst nicht mehr "als solches" zu bewerten und darauf zu reagieren wäre. Längst stehen im Mittelpunkt nicht die Terrorakte, sondern das, was offiziell als "Reaktionen" auf dieselbe ausgegeben wird. Und diese sogenannten "Reaktionen", die inzwischen eigenständige AKTIONEN sind, laufen auf eine umfassende Kriegstreiberei hinaus. Die US-Regierung hat spätestens mit der Ansprache von Präsident George W. Bush am 19. September vor beiden parlamentarischen Häusern eine umfassende Kriegserklärung an "die Terroristen und alle die sie beherbergen" abgegeben und er hat kaum verhüllt erklärt, dass die USA sich bei der Verfolgung der vermeintlichen Täter nicht an das Völkerrecht und andere internationale Verträge halten werden.

Die Kritik an dieser Militarisierung von Politik und dieser brandgefährlichen Kriegstreiberei von USA, Nato und Bundesregierung muss im Zentrum einer sozialistischen Antwort stehen. Diese Position soll in den folgenden Thesen zur Debatte gestellt werden.

**1.**  
**Terrorakte wie diejenigen vom 11. September 2001  
sind nicht nur aus moralischer Sicht zu verurteilen.  
Sie sind auch aus dem Blickwinkel einer emanzipatorischen, sozialistischen Sicht  
durch nichts zu rechtfertigen.**

Die persönliche Betroffenheit und die moralische Kritik an dem Anschlag auf das World Trade Center in New York ist in vollem Umfang gerechtfertigt. Mehr als 5000 unschuldige Menschen wurden in den Tod gerissen; gewaltige Zerstörungen im Zentrum New Yorks angerichtet. Diese Position wird weltweit geteilt und von Menschen ausgesprochen, die den unterschiedlichsten Kulturkreisen und Religionen angehören. Es sollte unterstrichen werden, dass eine solche Betroffenheit und eine unmißverständliche Solidarität mit den US-amerikanischen Opfern gerade auch in den islamisch geprägten Regionen geäußert wurde, die möglicherweise nun Opfer von sogenannten Gegenschlägen werden.

Darüber hinaus sei auch eine traditionelle marxistische Kritik am individuellen Terror ins Gedächtnis gerufen. Diese besagt, dass Akte des individuellen Terrors in aller Regel darin münden, dass diejenigen, die allein die wirksamen Möglichkeiten zu Gegenwehr - gegen Unterdrückung, gegen Ausbeutung, gegen Entfremdung, gegen die Folgen von "Globalisierung" - hätten, mit solchen Terrorakten hilflos gemacht und politisch "entwaffnet" werden. Solche Akte erwecken bei den Arbeitenden, bei den Arbeitslosen, bei den gewerkschaftlich und politisch links Organisierten den Eindruck, dass bestenfalls kleine Gruppen von hochspezialisierten Terroristen Widerstand leisten können. Vor allem aber verstärkt die mit solchen Akten hervorgerufene "Gegenwehr" und die dann eingeleiteten Reaktionen von Rache, Vergeltung und militärischer Logik noch das Gefühl der Ohnmacht: Der Macht des individuellen Terrors wird nun mit der institutionellen Macht der Herrschenden beantwortet. Die Medien und die Regierenden bestimmen die Szene. "Zwischentöne" und Aufrufe zu Besonnenheit haben bereits wenige Stunden nach solchen Terrorakten und sobald die Maschinerie der Gegenseite angelaufen ist, kaum mehr Chance, Gehör zu finden.

**2.**  
**Bereits kurze Zeit nach den Anschlägen vom 11. September 2001  
stand die Logik des militärischen Gegenschlags**

**und der Militarisierung von Politik im Zentrum.  
Gegen diese militärische Logik gegenzuhalten  
ist heute die Hauptaufgabe jeder sozialistischen Politik.**

Die Betroffenheit, die in den ersten Stunden nach den Anschlägen weltweit geäußert wurde, war überwiegend ehrlich gemeint und nachzuvollziehen. Doch spätestens nach der zweiten Ansprache des US-amerikanischen Präsidenten Bush wurde deutlich: Mit den Terrorakten wurde eine gefährliche militärische Schein-Logik in Gang gesetzt. Die US-Regierung und die hinter dieser stehenden maßgeblichen Vertreter der großen Konzerne, der Banken und insbesondere des militärisch-industrielle Komplexes sind gewillt, diese Anschläge in schamloser Weise zu einer umfassenden Militarisierung von Politik und zu einer Kriegstreiberei zu nutzen. Sie wollen schlicht unter zynischer Ausnutzung bzw. Instrumentalisierung der realen und berechtigten Betroffenheit die allgemeine Tendenz kapitalistischer Politik nach Militarisierung und der Eroberung von Terrain durch Rüstung und Krieg vorantreiben. Es ist falsch, die nun stattfindende Politik der Militarisierung und Kriegstreiberei im allgemeinen und die Mobilisierung gegen "fundamentalistische Islamisten" im besonderen in einem ursächlichen Zusammenhang mit den Anschlägen vom 11.9.2001 zu sehen. Militarisierung und Kriegstreiberei sind eine allgemeine Tendenz im Kapitalismus, die sich allein seit der sogenannten "Wende" 1989/90 in zwei größeren Kriegen (Golfkrieg 1990/91 und Nato-Krieg gegen Jugoslawien 1999) und in einem umfassenden Umbau der westlichen Armeen in "Interventionsstreitkräfte" konkretisierte. Politisch und ideologisch waren gerade die letzten zehn Jahre davon geprägt, eine allgemeine Akzeptanz von "Krieg als Mittel der Politik" zu erreichen.

**3.  
Diejenigen, die für die aktuelle Instrumentalisierung von Betroffenheit  
und für die allgemeine Kriegstreiberei verantwortlich sind,  
stilisieren die Terrorakte in einen Angriff auf die "Zivilisation" und in einen Konflikt zwischen  
unterschiedlichen Kulturen - zwischen der "modernen", demokratischen und einer rückständigen,  
feudalen Gesellschaft - hoch.  
Das ist falsch und eine reine Rechtfertigungstheorie.**

Der Anschlag auf das World Trade Center und auf das Pentagon war kein Anschlag auf die westliche Lebensweise, auf den "American Way of Life" oder gar auf die "westliche Zivilisation". Wer immer die Terror-Akteure gewesen und was immer ihre Motive gewesen sein mögen: Sie wählten als Angriffsziel das berühmteste Gebäude der größten Stadt der USA und das Verteidigungsministerium der Vereinten Staaten von Nordamerika. Selbstverständlich sahen sie darin Symbole für Wirtschaftsmacht und für Militärmacht eben jenes Landes. Wer ohne gesicherte Kenntnis der Attentäter und ohne Kenntnis von deren Motiven auf dieser Basis spekulieren will, der müßte sich fragen: Warum die USA und nicht Japan oder Großbritannien als Angriffsziel? Warum wurden das World Trade Center und das Pentagon und nicht der Eiffelturm und die Hardt-Höhe angefliegen? Warum waren es keine Autobomben oder "normale" Sprengstoffanschläge - wie kann es dazu kommen, dass teilweise hochqualifizierte Fachleute mit erheblichen Verdienstmöglichkeiten Selbstmordkommandos dieser Art unternehmen?

Ganz offensichtlich haben die Attentäter nicht "die (westliche) Zivilisation" ins Visier genommen - die Zerstörung des Louvre wären in dieser Beziehung wirkungsvoller und der Anflug auf ein Atomkraftwerk zerstörerischer gewesen. Offensichtlich richtete sich der Angriff sehr spezifisch gegen Symbole der US-Wirtschaft und der US-Militärmacht.

Einer der markantesten Terrorakte, mit denen sich die Zionisten nach dem Zweiten Weltkrieg einen "eigenen Staat" herbeibombten, bestand darin, dass sie das größte und berühmteste Hotel Jerusalems, das King David Hotel in die Luft sprengten - und dabei viele Unschuldige töteten. Sie wollten damit nicht die westliche Zivilisation und nicht einmal den britischen Way of Life, wohl aber ein Symbol der britischen Schutzmacht in Palästina treffen. Der Westen hat bald darauf verdrängt, dass es sich um Terrorakte und um Terroristen handelte, zumal ihnen die "Ex-Terroristen" nur wenige Jahr später als Vertreter der neuen israelischen Regierung gegenübertraten.

Besonders falsch und gefährlich ist die Verallgemeinerung dieser Theorien, wonach in den Anschlägen in den USA ein Zusammenprall unterschiedlicher Kulturen zum Ausdruck komme. Dabei wird explizit oder implizit

unterstellt, dass "unsere", moderne Kultur solche barbarische Akte nicht kenne, während die Attentäter einem Kulturkreis angehörten, der dieser Art des Terrors huldige. Diese Aussage ist absolut unhaltbar. Die Tatsachen, dass das Nazi-Regime mit KZ, Vernichtungslagern und der Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg in der "Kulturnation" Deutschland möglich war und dass die USA nach dem Zweiten Weltkrieg in Vietnam einen Vernichtungskrieg u.a. unter Einsatz von Massenvernichtungsmitteln führten und in Mittel- und Lateinamerika mehr als ein Dutzend blutrünstiger Terrorregime an die Macht brachten, an der Macht hielten und diese in ihren konkreten Folterpraktiken ausbildeten und unterstützten, widersprechen einer solchen Sicht völlig.

Übrigens: Wenn die Terroranschläge in New York und Washington denn "unzivilisiert" waren, wie sind dann die angedrohten und vorbereiteten "Gegenschläge" zu bezeichnen? Da kein Attentäter konkret bekannt ist, da keine Hintermänner konkret - beweiskräftig - benannt werden können, richtet sich jeder "Gegenschlag" ins Ungefähre, zielt bewußt auf Unschuldige und nimmt bewußt eine unberechenbare Eskalation in Kauf. All dies sind nach gängiger Ideologie aber Merkmale des Unzivilisierten, der Nichtakzeptanz von Rechtmäßigkeit und Respekt vor Menschenrechten

#### **4. Die juristische Rechtfertigung für die Logik "militärischer Gegenschläge" stellt das Völkerrecht auf den Kopf und ergänzt die ideologische Rechtfertigung vom "Kampf der Kulturen" ebenso wirkungsvoll wie verlogen.**

Die US-Regierung hat neben der genannten ideologischen Rechtfertigung von "Gegenschlägen" eine juristische Rechtfertigung für ihre Logik von Militarisierung und Kriegstreiberei gesucht und gefunden. Sie lautet: Mit den Anschlägen vom 11.9.2001 habe "der Terrorismus" den USA "den Krieg erklärt". Entsprechend dürfe "der Terrorismus" mit militärischen Schlägen angegriffen werden. Und da die US-Regierung und ihre Geheimdienste nicht wissen, wer "die Terroristen" waren und sind, wird - z.B. im angesehenen, normalerweise seriösen "Wall Street Journal" erklärt: Es handelt sich um die "souveräne Nation des Terrorismus", der "wir den Krieg erklären". Dabei handele es sich um eine "Kette von Camps, Basen, Unterstützungsstrukturen und Einheiten der Terroristen, denen unterschiedliche souveräne Staaten einen sicheren Hafen bieten". Und weil dies so sei, könnten die USA nach der vorliegenden Kriegserklärung auch diejenigen militärisch angreifen, die dem Terrorismus einen solchen sicheren Unterschlupf bieten würden. All das war unmittelbar nach den Terroranschlägen im "Wall Street Journal" unter der Überschrift "What President Bush should say now" zu lesen. Und just eine solche Rede mit dieser "juristischen Rechtfertigung" hielt Bush am 19. September. Ein schönes Beispiel dafür, wer in den USA - wie auch anderswo im Kapitalismus - regiert: die Börse, das Geld, die Kapitalmacht.

Diese Position wurde demnach nicht im Reflex und Affekt entwickelt, was in den USA in den ersten Stunden und Tagen nach den Anschlägen vorgeherrscht haben mag. Sie wurde vorgedacht. Und exakt diese Position teilen die Nato-Staaten, teilt die Bundesregierung und teilen alle im Bundestag vertretenen Parteien mit Ausnahme der PDS. Das Ja, wonach nach den Anschlägen in New York und Washington Artikel 5 des Nato-Vertrags in Kraft trete, drückt exakt diese Rechtsverdrehung aus. Artikel 5 des Nato-Vertrags besagt, dass "ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere (Unterzeichner) in Europa oder Nordamerika als Angriff gegen alle Mitgliedsstaaten angesehen wird." In diesem Fall soll jede Partei den Angegriffenen Beistand leisten, indem sie unverzüglich "die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wiederherzustellen."

Bis April 1999 war unumstritten, dass sich dieser Artikel ausschließlich auf einen militärischen Angriff, ausgeführt von einem Staat, auf einen Nato-Staat bezieht. Wenige Tage nach Beginn des völkerrechtswidrigen Nato-Angriffskriegs auf die Bundesrepublik Jugoslawien, im April 1999, beschlossen auf der Washingtoner Tagung der Nato-Mitgliedsstaaten diese, dass "Sicherheitsinteressen" auch durch "Akte des Terrorismus, der Sabotage und des organisierten Verbrechens sowie der Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen" berührt werden könnten.

Das war bereits eine erhebliche Erweiterung des Nato-Aufgabenbereichs. Allerdings gab es bis zum Nato-Beschluss vom 14. September 2001 auch hier zwei Einschränkungen: Erstens wurde diese Erweiterung des Nato-Auftrags von keinem nationalen Parlament eines Nato-Mitgliedstaats ratifiziert, obgleich der

ursprüngliche Nato-Vertrag von den nationalen Parlamenten zu ratifizieren war. (Die PDS hat deshalb Klage vor dem Bundesverfassungsgericht erhoben). Zweitens wurde bis zum 11.9.2001 auch aus dieser Neufassung des Nato-Auftrags nie das herausgelesen, was nun hineininterpretiert wird: Ein terroristischer Akt gegen einen Staat heute wird als "Kriegserklärung" aufgefasst, gegen die auch mit militärischen Mitteln im allgemeinen geantwortet werden kann und aufgrund derer auch souveräne Staaten angegriffen werden können, die aus Sicht des Angegriffenen den "Terroristen" einen "sicheren Hafen" und Unterschlupf bieten.

All diese juristischen Konstruktionen sind nach geltendem Recht unhaltbar. Die nun vielfach vorgetragene These, das Völkerrecht müsse hier "weiterentwickelt" werden, ist unsäglich: Recht ist nach dem bürgerlichen Selbstverständnis zunächst gesetzt und es kann nicht exakt dann "erweitert", "neu interpretiert" und "weiterentwickelt" werden, wenn es in der konkreten gesellschaftlichen Wirklichkeit zur Anwendung kommen müsste. Wenn überhaupt eine "Weiterentwicklung" zu debattieren wäre - wie z.B. beim Thema "Weltgerichtshof" - dann muss dies frei von den Zwängen konkreter Ereignisse erfolgen.

Hier öffnet sich im übrigen eine zivilisatorische Kluft: Das "moderne", bürgerliche Recht nimmt für sich in Anspruch, "positiv", konkret nachvollziehbar und nicht beliebig interpretierbar zu sein. Die aktuelle Ausweitung der Begriffe "Krieg", "Kriegserklärung" und "militärische Gegenschläge" sind aber genau das Gegenteil eines solchen nachvollziehbaren Rechtsverständnisses. Mit dieser Neuinterpretation wird der völligen Willkür das Recht geredet.

**5.  
Eine Logik der "linken Aufrechnerei" ist abzulehnen.  
Falsch wäre aber auch, angesichts der berechtigten Betroffenheit  
reale wichtige Hintergründe der Terrorakte und ihrer Begleitumstände auszublenden.**

Zu recht wurde des öfteren davor gewarnt, die terroristischen Taten damit "aufzurechnen", dass die USA in der Vergangenheit Terrorregimes unterstützten, an die Macht brachten und "aushielten". Es ist richtig, festzuhalten: Die genannten Anschläge sind durch nichts zu rechtfertigen. Gleichzeitig ist es jedoch falsch, die Augen davor zu verschließen, dass es Erklärungen - und das sind keine Rechtfertigungen! - für die Aktionen gibt. US-Präsident Bush stellte in seiner Ansprache vom 19. September 2001 die rhetorische Frage, warum "diese Leute uns hassen". Und er "beantwortete" sie, indem er behauptete, diese Menschen hassten die USA wegen der dort existenten Demokratie, Pressefreiheit, des hohen Lebensstandards usw. Das ist unglaublich. In den Worten des US-amerikanischen, katholischen Bischofs Robert Bowman, die dieser bereits 1999 äußerte: "Wir sind Ziel der Terroristen, weil unsere Regierung fast weltweit für Diktatur, Sklaverei und Ausbeutung steht. Wir sind das Ziel der Terroristen, weil wir gehaßt werden... In wie vielen Ländern haben die Vertreter unserer Regierung Führer, die von der Bevölkerung gewählt waren, abgesetzt und durch Militärdiktatoren ersetzt... Wir taten dies im Iran, als die US-Marine und die CIA Mossadegh absetzten, weil er die Ölindustrie nationalisieren wollte. Wir ersetzten ihn durch den Schah, und wir bewaffneten und trainierten... dessen gehaßte Geheimpolizei, die die Menschen im Iran versklavte und terrorisierte, nur um die finanziellen Interessen unserer Ölkonzerne zu schützen. Ist es da ein Wunder, wenn es im Iran Leute gibt, die uns hassen."

Ähnliches lässt sich sagen - und wird von dem zitierten Bischof gesagt - für den Irak, dessen Diktator Saddam Hussein mit westlicher Hilfe aufgebaut wurde.

Im Fall des Taliban-Regimes in Afghanistan und des sogenannten "Terroristen" Bin Laden ist zu unterstreichen, dass die Taliban ebenso wie Bin Laden selbst in erheblichem Maß durch die USA aufgebaut, finanziert und zur Macht gebracht wurden. Solange diese menschenfeindlichen, terroristischen Gruppen und Personen im Interesse der westlichen Regierungen und gegen die Sowjetunion handelten, waren ihre Menschenverachtung und ihre terroristische Praxis wenig Anlaß zur Kritik im Westen. Dass Bin Laden auch als einer der Financier der Kosovo-UCK genannt wurde, hat den Westen ebenfalls nicht beunruhigt. Erst seit sich deren Politik und Praxis auch direkt gegen den Westen richtet, wird das Argument der "Menschenrechte" hervorgekehrt. Der Westen im allgemeinen und die US-Regierungen im besonderen sind damit in erheblichem Maß für die Politik der Taliban und eines Bin Ladens mitverantwortlich.

Jetzt diese Gruppen und Personen zum Buhmann, zum Hort des Terrorismus schlechthin und Bin Laden zum

ideellen Gesamtterroristen zu erklären, ist schlicht heuchlerisch. Vor dem Hintergrund, dass es keinerlei Beweis dafür gibt, dass die Anschläge in den USA vom 11.9.2001 von Bin Laden dirigiert bzw. aus Afghanistan heraus gesteuert wurden, entpuppt sich dies erst recht als eine Politik, mit der von anderem - z.B. der eigenen Verantwortung - abgelenkt und ein Buhmann gefunden werden soll.

In diesem Zusammenhang wäre gerade seitens der PDS auch eine Diskussion darüber sinnvoll, inwieweit der Einmarsch der sowjetischen Armee in Afghanistan - ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg - und der dann stattfindende knapp zehnjährige Krieg in diesem Land zur Herausbildung des so genannten "Fundamentalismus" beigetragen hat. Wenn aktuell der russische Präsident Putin sich an die Seite von George Bush stellt und selbst militärische Unterstützung anbietet, dann unterstützt er diese Kriegslogik und setzt eine Politik fort, wie sie unter Breschnew und seinen Nachfolgern in dieser Region verfolgt wurde

## **6. Die absehbare und angekündigte militärische Antwort auf die terroristischen Akte vom 11. September 2001 bringt auch sehr direkte Interessen der internationalen Rüstungsindustrie zum Ausdruck.**

Das Blatt "Financial Times" veröffentlichte nach den Anschlägen vom 11. September eine Grafik zum Zusammenhang zwischen Börsenkursen in den USA und schweren Krisen bzw. Kriegen, an denen die USA führend beteiligt waren. Das wenig überraschende Ergebnis dieser Grafik lautete: Die Börsenkurse an der Wall Street stiegen immer dann kräftig, wenn es einen Krieg mit US-Beteiligung gab. So am Ende des Ersten Weltkriegs, im Zweiten Weltkrieg (rund ein Jahr nach Kriegseintritt der USA), im Korea-Krieg, im Vietnam-Krieg, im Golfkrieg und schließlich im "Kosovo-Krieg".

Anzumerken ist, dass die USA an all diesen Kriegen immer so "beteiligt" waren, dass einerseits die Rüstungsindustrie gewaltige Aufträge erhielt und andererseits das Gebiet der USA nie in diese Kriege in größerem Umfang einbezogen worden war - den Angriff auf Pearl Harbour ausgenommen (weswegen der Vergleich mit Pearl Harbour bei den Ereignissen vom 11. September 2001 gezogen wurde, was allerdings ansonsten einen unhaltbaren Vergleich darstellt, weil damit erneut und fälschlich die "Kriegslogik" bedient wird).

Wenn nach den Anschlägen vom 11. September 2001 seitens der US-Regierung erneut an der Spirale der militärischen Eskalation gedreht wird, dann dient dies nicht in erster Linie der Suche nach den Attentätern und ihren "Hintermännern". Wäre dies das Ziel, dann verböte sich eine Politik eines militärischen Aufmarsches und militärischer "Gegenschläge". Angesagt wäre eine diplomatische Offensive und - wenn man sich strikt in die Position der US-Regierung und das vorgebliche Ziel, die Hintermänner, z.B. einen Bin Laden, zu finden hineindenkt - gegebenenfalls geheime Kommando-Aktionen eines Geheimdienstes. Doch eben dies tut die US-Regierung nicht. Sie antwortet mit Aufrüstung, Einberufung von Reservisten und der Ankündigung eines "Krieges, der jahrelang andauern kann" - so US-Präsident Bush.

Diese Politik wird kaum in der Verhaftung oder Tötung von "Hintermännern" münden. Sie wird jedoch Milliarden-Aufträge für die Rüstungsindustrie bringen. Und das ist auch das wesentliche Ziel dieser Politik. Mit solchen "militärischen Gegenschlägen" sollen neue Waffengattungen getestet werden, wie dies im Golfkrieg 1990/91 und im "Kosovo-Krieg" 1999 der Fall war. Durch diese Orientierung auf eine Logik der Militarisierung werden mittel- und langfristig die "Investitionen" in die US- und weltweite Rüstung enorm erhöht. Als erstes gab es nach wenigen Tagen das Ja zu 40 Milliarden US-Dollar Sonderausgaben, die vor allem für "Sicherheit" und Rüstung "investiert" werden sollen. Um welche Dimensionen es sich dabei handelt wird deutlich, wenn man weiß, dass hier allein das "Mehr" an normalen US-Rüstungsausgaben über dem liegt, was die Bundesrepublik Deutschland jährlich im Verteidigungshaushalt ausgibt.

Aufgrund der Herausbildung eines militärisch-industriellen Komplexes, in dem zivile und militärische Aktivitäten gebündelt werden, gibt es in diesem Fall sogar direkte Zusammenhänge, um den Abbau von zivilen Kapazitäten mit der Ausweitung von militärischen zu kompensieren. Die Anschläge vom 11. September 2001 führen zu massiven Umsatz-Rückgängen bei der internationalen Luftfahrt und bei der Flugzeugindustrie.

Letztere wird, soweit es große Flugzeuge betrifft, zu mehr als 95 Prozent vom US-amerikanischen Konzern Boeing und vom EU-Konzern Airbus bestimmt. Beide Konzerne sind gleichzeitig Rüstungskonzerne; Boeing ist der größte Rüstungskonzern der Welt; Airbus wird von British Aerospace, dem weltweit drittgrößten Rüstungskonzern, und von der EADS (u.a. mit Daimler-Tochter DASA) kontrolliert, dem fünftgrößten Rüstungskonzern auf der Welt.

Angesichts dieser Lage werden in ein und demselben Haus - bei Boeing und bei Airbus/EADS - einerseits die Ausfälle in der "zivilen Luftfahrt" beklagt und andererseits die neuen Militäraufträge als Folge der Anschläge vom 11.9.2001 gefeiert.

**7.**

**Die kapitalistische Weltwirtschaft befand sich bereits vor dem Anschlag auf das World Trade Centers am Beginn einer schweren Rezession. Der Anschlag und seine Folgen selbst haben diese Entwicklung beschleunigt und die Gefahr einer Weltwirtschaftskrise konkretisiert.**

Seit Ende 2000 befindet sich die US-Ökonomie auf dem Weg in eine neue Krise. Seit Mitte 2001 folgten die EU dieser Entwicklung. Japan befand sich im gesamten letzten Jahrzehnt in einer Rezession und teilweise in einer Depression; seit Frühjahr 2001 droht in Japan eine neue schwere Krise.

Seit Frühjahr 2001 steigt in den USA erneut die Arbeitslosigkeit. Seit mehr als zwei Jahren steigt die Erwerbslosigkeit in Japan. Seit Sommer 2001 steigt die Erwerbslosigkeit auch in der EU.

Diese Krisentendenzen herrschten vor dem 11. September 2001 auch in denjenigen spezifischen Bereichen bereits vor, die nach den Anschlägen das besondere Interesse fanden: die IT-Industrie war im August 2001 bereits in einer schweren Krise befindlich, die Börsen waren bereits massiv eingebrochen und in einzelnen wichtigen Schwellenländern - so in Argentinien und in der Türkei - befand sich die Wirtschaft bereits im August 2001 am Rande des Absturzes.

Die Anschläge vom 11. September 2001 können damit in keinem Fall ursächlich für eine internationale Rezession sein. Sie spielen allerdings die Rolle eines Katalysators, sie beschleunigen die Krisentendenzen und deren wahrscheinlichen Umschlag in eine Weltwirtschaftskrise. Und sie werden uns nun als der eigentliche "Verursacher" einer weltweiten Rezession, wenn nicht einer Weltwirtschaftskrise präsentiert. Damit soll erneut das Gefühl der Ohnmacht bestärkt und Gegenwehr geschwächt werden. Der Krieg "bricht aus", so wie die Krise "über kommt. Dass Krisen und Krieg viel mit der immanenten Logik des Kapitalismus zu tun haben, dass es konkrete Menschen sind, die die Kriegstreiberei betreiben und dass diese konkrete Interessenpolitik machen, wird verschwiegen.

**8.**

**Wichtige Folgen der Anschläge vom 11. September 2001 sind innenpolitische. Auch auf diesem Gebiet versuchen reaktionäre Politiker wie Schily, die grundlegenden Tendenzen der jüngeren Politik auf diesem Gebiet beschleunigt umzusetzen: Abbau demokratischer Rechte, Ausbau der Tendenz zum starken Staat.**

Umgehend nach den Anschlägen in den USA wurden in vielen westlichen Staaten umfassende Programme zum Abbau demokratischer Rechte und zur Einschränkung individueller Freiheiten entwickelt. Die Bundesregierung und Innenminister Schily spielen dabei eine Vorreiterrolle. Der Datenschutz soll ausgehöhlt, die Möglichkeiten der Geheimdienste sollen ausgebaut, die Gleichstellung aller Religionen und Religionsgemeinschaften beseitigt werden. "Angedacht" wird, in Pässe und Personalweise Fingerabdrücke aufzunehmen. Die Bundeswehr soll verstärkt "im Inneren" eingesetzt werden. Die CDU dachte bereits über eine Große Koalition des Notstands nach. All dies findet statt, ohne dass unser Land konkret von irgendwelchen Terrorakten betroffen gewesen wäre. Und all dies wird vorgeschlagen und teilweise auf den

Weg der Beschlußfassung gebracht, noch bevor es zu militärischen "Gegenschlägen" kam.

Es läßt sich leicht ausmalen, welche Hysterie sich daraus im Fall eines tatsächlichen Krieges entwickeln kann.

Es muss Aufgabe der Friedensbewegung und der sozialistischen Opposition sein, auch auf diesem Gebiet gegenzuhalten, die demokratischen, gewerkschaftlichen und individuellen Rechte und Freiheiten zu verteidigen. Im übrigen ist darauf zu verweisen, dass es in unserem Land eine große Zahl von faschistischen Gruppen und Organisationen gibt, für die Akte des Terrors kaum verhüllt zum erklärten Programm zählen und die sich zunehmend bewaffnet organisieren. Es handelt sich dabei im übrigen teilweise um Gruppen, die unverhüllt die Terrorakte vom 11.9.2001 begrüßen, die Getöteten als Teil von "Kollateralschäden" bezeichnen und das Thema offen antisemitisch aufgreifen - so geschehen durch Horst Mahler als NPD-Aktivist.

**9.**  
**Die Bundesregierung und unser Land tragen eine besondere Verantwortung dafür, dass der Kurs der Kriegstreiberei gestoppt und zu Besonnenheit aufgerufen wird. Dies ist ebenso ein Auftrag, der aus der deutschen Geschichte resultiert, wie eine Verpflichtung, die sich aus der jüngeren deutschen Politik ergibt.**

Die deutsche Geschichte ist unauslöschlich durch den Faschismus und die Vernichtungspolitik unter den Nazis bestimmt. Nie zuvor in der Menschheitsgeschichte wurden größere Grausamkeiten begangen, nie zuvor gab es einen massiveren "Zivilisationsbruch" wie in den Jahren 1933 bis 1945 mit der NS-Politik. Bereits vor diesem Hintergrund müßten aus unserem Land deutliche Stimmen gegen die Dämonisierungen (z.B. der islamischen Welt) kommen, die inzwischen im Chor der westlichen Reaktionen überwiegen.

Darüber hinaus haben vorausgegangene Bundesregierungen und deutsche Unternehmen in erheblichem Maß dazu beigetragen, dass problematische und z.T. terroristische Regimes im arabischen Raum in den Besitz von Massenvernichtungswaffen gelangten. Das gilt für die Giftgasfabrik in Rabta, Libyen, die Ende der achtziger Jahre im wesentlichen mit deutscher Hilfe - auch solcher des Staatskonzerns Salzgitter AG - errichtet werden sollte. Das gilt für die Hochrüstung des Iraks unter Saddam Hussein bis zum Sommer 1990; an dieses Regime gelangten aus deutschen Lieferungen wichtige Bestandteile für chemische Massenvernichtungswaffen; beteiligt waren auch hier Unternehmen in damals staatlicher Hand (Preussag); im Fall der Ausbildung der Armee Saddams war die Bundeswehr selbst engagiert. Das gilt schließlich für Pakistan. Dieses Land verfügt heute über Atomwaffen. Wichtige materielle Voraussetzungen dafür wurden mit Lieferungen aus der BRD geschaffen - u.a. mit engen Beziehungen zu einer weiteren staatlichen bundesdeutschen wissenschaftlichen Einrichtung. Dabei könnte Pakistan in den kommenden Wochen eine erhebliche Rolle dabei spielen, dass sich aus sogenannten "Gegenschlägen" auf Afghanistan ein großer regionaler Krieg - wenn nicht ein noch größerer Krieg - entwickelt.

Wer all dies bedenkt, tut gerade auf deutschem Boden gut daran, aus der Front der Kriegstreiber auszuscheren und diejenigen zu bestärken, die zu Besonnenheit aufrufen. Im Gegensatz zur Rede des Bundespräsidenten ist vergleichbares bei den offiziellen Vertretern der Bundesregierung nicht zu hören und noch weniger sind konkrete Taten festzustellen, mit denen ein Kurs der Mäßigung begünstigt würde.

**10.**  
**In der aktuellen Parteienlandschaft der BRD gibt es eine Große Koalition derjenigen, die den Kurs auf einen größeren Krieg unterstützen. Umso größer ist die Verantwortung derjenigen, die sich dieser Großen Koalition verwehren, insbesondere diejenige der PDS.**

Bereits im Jahr 1999 gab es eine große Koalition derjenigen, die unter Bruch des Völkerrechts den Nato-Krieg unterstützten. SPD und Grüne als damals neue Regierungsparteien und Schröder, Fischer und Scharping als "neue" verantwortliche Minister standen der Vorgängerregierung und Kohl, Kinkel und Rühle in nichts nach, was diese Politik der Militarisierung betrifft. Die einzige Partei im Bundestag, die sich geschlossen gegen diese Politik stellte, war die PDS. Diese Isolation einer Friedenspolitik auf parlamentarischer Ebene hat erheblich dazu beigetragen, dass die Friedensbewegung schwach blieb und dass die konkreten Aktionen gegen diesen

Krieg wenig wirksam waren. Die Haltung der PDS hat erheblich zu deren Ansehen und Stärkung beigetragen. Zwei Jahre nach diesem Krieg ist auch in der breiten Öffentlichkeit bekannt, dass die Zustimmung großer Teile der Bevölkerung und der Parteien mit offenkundigen Lügen und Geheimdienstmanipulationen herbeigeführt wurde.

Im Augenblick befinden wir uns in einer vergleichbaren Situation: Die PDS spricht sich als einzige Bundestags-Partei gegen die Kriegstreiberei, für Besonnenheit und vor allem gegen die Anwendung des Artikel 5 des Nato-Vertrags aus. Sie ist in dieser Hinsicht im Parlament "isoliert". Doch sie ist keineswegs isoliert in der Bevölkerung. Trotz einer breiten Medienkampagne, die im wesentlichen die westliche Politik der Kriegstreiberei begünstigt und teilweise noch antreibt, sind die Stimmungen bei einem großen Teil der bundesdeutschen Bevölkerung inzwischen - nach der verständlichen Phase von Betroffenheit und Trauer um die Opfer - von einer Angst vor Krieg und von Nachdenklichkeit geprägt. Die PDS muss sich zum Sprachrohr dieser Haltung machen, ohne diese Stimmungen zu instrumentalisieren und bei einer uneingeschränkten Bereitschaft, völlig unsektiererisch und offen mit all denen zusammenzuarbeiten, die für Frieden und gegen die militärische Logik auftreten. Differenzen in den eigenen Reihen sollten dabei nicht unter den Tisch gekehrt werden; die Position, wonach es zur Ergreifung der Täter Sinn machen könne, "begrenzte militärische Aktionen" durchzuführen, wurde vom Spitzenkandidaten der PDS in Berlin offen geäußert. Sie stieß in der PDS auf breite Ablehnung. Wenn diese Differenz kaschiert wird, dann könnte sie bei der absehbaren weiteren Entwicklung der militärischen Logik bald neu aufbrechen und die Mitgliedschaft erst recht unvorbereitet treffen.

Der kommende Parteitag der PDS sollte durchaus von dem wichtigen Ereignis des 11. September und der nun im Zentrum stehenden militärischen Bedrohung geprägt sein. Das muss aber vor allem heißen, dass dieser von unserer strikt antimilitaristischen Haltung bestimmt sein muss, dass deutlich werden muss, dass wir gegen die Gefahren einer Militarisierung der Politik mobilisieren und dass wir im Sinne unserer bestehenden antimilitaristischen Positionen, wie sie u.a. auf dem Münsteraner Parteitag festgelegt wurden, handeln und breite Bündnisse für Frieden und gegen Kriegstreiberei initiieren.